

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preiskliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell., Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. IV: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 117

Freitag, den 20. Mai 1938

90. Jahrgang

Paris ist der Störenfried

Italien fordert klare Haltung am Quai d'Orsay

Zur Unterbrechung der italienisch-französischen Besprechungen betonen die italienischen Abendblätter übereinstimmend, daß nur Frankreich dafür verantwortlich sei. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen sei nur bei einer völligen Aenderung der französischen Haltung möglich. Mehrfach klingt die Frage auf, ob Paris nicht geradezu die Absicht habe, das italienisch-englische Abkommen zu sabotieren, indem es durch die Verstärkung der Hilfeleistung für das bolschewistische Spanien den sicheren Sieg Francos bewirkt hinausjögere.

Der Pariser Vertreter des „Giornale d'Italia“ erklärt, die englische Regierung sei sich vollkommen darüber klar, daß Frankreich mit allen Mitteln die Nicht-Einmischung verleihe. Zwar rede man in Paris immer noch davon, daß ein französisch-italienisches Abkommen die logische Ergänzung des italienisch-englischen Abkommens sei, aber es handle, als ob man die feste Absicht hätte, das Abkommen zwischen Italien und England zu zerstören. Da aber die Politik von London und Paris — was Spanien anbelange — nicht übereinstimme, wäre es angebracht, wenn das Foreign Office damit beginne, sich dafür einzusetzen, daß der Quai d'Orsay seine unruhigende Außenministerstellung aufgebe.

Auch „Lavoro Fascista“ bringt zum Ausdruck, man müsse meinen, daß Frankreich nicht nur kein Abkommen mit Italien wünsche, sondern sogar die Absicht habe, das italienisch-englische Übereinkommen zu stören.

Dreifache Täuschungsmanöver in Paris

Zu den französisch-italienischen Verhandlungen lanciert man aus Pariser „gutunterrichteten Kreisen“ die Version, daß bisher die französische Regierung „von Seiten der italienischen Regierung noch keinen Antrag erhalten habe“. Außer der Rede des Duce in Genua und außer den aus Rom stammenden Pressenachrichten besäßen die verantwortlichen französischen Stellen noch keine offizielle Information über die Schwierigkeiten, von denen man plötzlich in Italien „Aufhebungs- und Machenscheine“ (1) bezüglich der am Mittwoch im englischen Unterhaus von Unterstaatssekretär Butler ge-

machten Andeutungen, wonach das englische Kabinett sich zur Verfügung Frankreichs und Italiens stellen würde, erklärte man in den hiesigen „gutunterrichteten Kreisen“, daß man bisher in Paris noch keinen diesbezüglichen Vorschlag erhalten habe.

Der „Le Temps“ erklärt es für „Gerüchte“, daß die italienische Haltung mit der französischen Politik gegenüber Spanien, der noch nicht erfolgten Ernennung eines Botschafters und der Verstärkung des französischen Kolonialheeres im Zusammenhang stehe.

Der Außenpolitiker des rechtsstehenden „Journal des Debats“ schreibt: Außenminister Bonite sei zweifellos gewillt gewesen, die günstigen Bedingungen auszunutzen, um so schnell wie möglich zu einer Verständigung mit Italien zu gelangen. Er habe im Einvernehmen mit Daladier die sofortige Entsendung eines Botschafters nach Rom beschlossen. Aber der gemeinsame Druck Herriots und einiger anderer Minister habe alles wieder in Frage gestellt. Um sich das Wohlwollen der Kommunisten zu erhalten, habe die Regierung außerdem einen ungeheuren Schmuggel zugunsten des spanischen Notstandes zugelassen. (1)

Aber immer neue Waffentransporte!

Die „Liberté“ bringt erneut in ausführlichen Augenzeugenberichten nähere Einzelheiten über die sich ständig noch steigenden Waffentransporte von Frankreich nach Spanien. Zwischen Perpignan, Cerbere und Le Perthus habe der von den Behörden sichtlich geduldeten Waffenschmuggel in der letzten Zeit noch wesentlich zugenommen. In dem kleinen Dorf Boulou, das geradezu zum Umschlaghafen der Unterführung für Sowjetspanien mit Waffen und Kriegsmaterial aus Frankreich geworden sei, herrsche eine sonst hier unbekannt lebhafte Tätigkeit. Man bediene sich größtenteils 10-Tonnenlastwagen, die festverschlossen in Le Perthus eintrafen, wo sich Kraftwagenführer und Gendarmerieposten mit geballter Faust begrüßten. Die Grenze sei praktisch offen.

Großbritannien sehe seine Freundschaften in keiner Weise als exklusiv an und werde versuchen, deren Zahl und Umfang zu vergrößern.

Es würde es gern sehen, wenn alle Ursachen des Mißtrauens und Verdachtes zwischen Großbritannien und Deutschland beseitigt würden, eine Ansicht, die von der großen Masse der beiden Völker, die so eng miteinander der Sprache und der Abstammung nach verbunden seien, geteilt würde. Das Gerücht von der Unvermeidlichkeit eines Konflikts sei gefährlich und gänzlich unberechtigt.

In Spanien werde die britische Regierung fortfahren, die Nichteinmischungspolitik fortzusetzen. Sie werde ihr Bestes tun, um die anderen Mächte zu bewegen, diese Politik auch wirklich durchzuführen.

Kurze außenpolitische Aussprache

Sir John Simon gegen das Kritizieren der Opposition am Italien-Abkommen

London. Auf Antrag der Labour-Party fand in den späten Abendstunden des Donnerstag noch eine kurze außenpolitische Aussprache im Unterhaus statt. Der Labour-Abgeordnete Wedgwood Benn kritisierte die Außenpolitik der Regierung in der aus dem Munde der Opposition schon geläufigen Form. Der konservative Abgeordnete Spens warf der Labour Party vor, sie habe die Debatte in diesem Augenblick angeregt, um den Erfolg des englisch-italienischen Abkommens zu verhindern. Statt dessen solle jeder in England sein Bestes daransehen, an der Wiederherstellung der Freundschaft zwischen England und Italien mitzuarbeiten.

Für die Regierung antwortete Schatzkanzler Sir John Simon. Er sagte u. a., England habe das Recht, von sich aus zu entscheiden, ob es die italienische Eroberung Abessinien anerkennen wolle oder nicht. Italien habe im Laufe der Verhandlungen für das englisch-italienische Abkommen Zusicherungen und Versprechungen gegeben, die voll und ehrlich erfüllt worden seien. Gegenüber den Behauptungen der Opposition betonte Simon dann ausdrücklich, daß die große Masse des englischen Volkes die Verhandlungen mit Italien aus warmem begrißt habe aus dem Empfinden heraus, daß endlich etwas getan werde, um einen konstruktiven Frieden zu schaffen. Wenn die Opposition dieses Abkommen verdamme, so befinde sie sich in einer „splendid isolation“.

Schließlich wurde ein Antrag auf Vertagung, der von Seiten der Regierungsanhänger eingebracht worden war, mit 180 gegen 95 Stimmen angenommen.

Will London vermitteln?

Aussprache des Botschafters mit Graf Ciano.

Der britische Botschafter in Rom, Lord Perth, hatte eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano. Wie der „Paris Midi“ schreibt, habe es den Anschein, als wenn Graf Ciano dem britischen Botschafter erklärt habe, daß die italienische Regierung es entschieden vorziehen würde, bei Fortsetzung ihrer Besprechungen mit Frankreich mit einem französischen Botschafter in Rom zu verhandeln.

Graf Ciano habe weiter darauf hingewiesen — so wollten jedenfalls gewisse Gerüchte wissen — daß Frankreich durch die Unterstützung Sowjetspaniens den Bürgerkrieg in Spanien nur in die Länge ziehe und dadurch auch das Straßburger des italienisch-britischen Abkommens gefährde. Drittens habe — so heißt es weiter — der italienische Außenminister angedeutet, daß die Klausel des britisch-italienischen Abkommens über die Verwendung farbiger Truppen infolge der jüngsten Entscheidung der französischen Regierung, eingeborene Soldaten in größerer Zahl auszuheben, einer Revision bedürfe. Es handele sich hierbei allerdings nur um Gerüchte. Man versichere andererseits in allgemein gut unterrichteten Kreisen, daß London das italienische Imperium noch vor Beendigung des spanischen Bürgerkrieges anerkennen werde. In diesen Kreisen nehme man auch an, daß London einen Vermittlungsversuch zwischen Frankreich und Italien plane, der Lord Perth anvertraut sei.

Gegen Herausforderungen

Scharfer Protest des Politischen Ausschusses der Sudetendeutschen Partei

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit:

Der Politische Ausschuss der Sudetendeutschen Partei nahm unter dem Vorsitz des Stellvertreters Konrad Henleins, Abg. Karl Hermann Frank, einen Bericht über die günstigen Ergebnisse der Londoner Besprechungen Konrad Henleins entgegen; er stellte mit Freude das große Verständnis für die Lage und die in Karlsbad aufgestellten Forderungen des Sudetendeutschums im Ausland fest.

In den täglich sich wiederholenden Angriffen gegen das Sudetendeutschum sieht der Politische Ausschuss die Bestätigung jener Beurteilung der Lage, die von sudetendeutscher Seite den ausländischen Kreisen gegeben wurde. Angesichts der innerstaatlichen Entwicklung wiederholt der Politische Ausschuss den scharfen Protest gegen Heße und Herausforderung, der bereits bei den verantwortlichen Stellen vorgebracht wurde. Die Sudetendeutsche Partei wird alle Mittel anwenden, um vor In- und Ausland alle Nebergrieße und Beschränkungen der Rechte und bürgerlichen Freiheiten festzustellen.

Das behördliche Vorgehen gegen die öffentlichen Anbestellungen, die sich mit Berufung auf klar feststehende Verfassungsrechte, am 1. Mai zur sudetendeutschen Einheitsbewegung bekannt haben, ruft die Enttäuschung und

Ablehnung des gesamten Sudetendeutschums hervor und kann nur als Ausdruck des Willens tschechisch-jahwinnischer Kreise angesehen werden, hemmungslos die Entwicklung auf die Spitze zu treiben. Auch hier können alle Betroffenen der Ueberzeugung sein, daß die Bewegung das Recht auf freie Meinungsäußerung und freies Bekenntnis mit allen Mitteln schützen wird.

Für Verständigung mit Deutschland

Lord Halifax vor dem Oberhaus.

Im englischen Oberhaus erklärte Lord Halifax zur Abessinien-Frage, die Genfer Aktion sei im Juni 1936 beendet worden. Daraufhin seien 20 Staaten zu der Schlussfolgerung gelangt, daß ihre kollektiven Verpflichtungen zu Ende seien und sie daher die Eroberung Abessinien durch Italien anerkennen könnten. In Genf habe man die Lage in Abessinien eingehend geprüft, und man sei zu dem Ergebnis gekommen, daß es keine abessinische Behörde gebe, die auch nur die geringste Aussicht auf eine Wiederinbestimmung des Landes habe. Halifax beschäufte sich dann noch einmal mit dem mit Italien getroffenen Abkommen. Das Abkommen befage, daß ein Anfang mit dem Frieden gemacht sei, und die britische Regierung sei entschlossen, jede Gelegenheit zu benutzen, um es fortzusetzen.

